

E: 22.06.16
L

An den Vorsitzenden
der Bezirksversammlung Wandsbek
Schlossstrasse 60
22041 Hamburg

Hamburg, 21.6.2016

Betr.: Eingabe
- Umbau Kreuzung Saseler Chaussee/Stadtbahnstrasse/Saseler Damm

Sehr geehrter Vorsitzende der Bezirksversammlung,

wir Gewerbetreibende vom Knotenpunkt Saseler Chaussee/Stadtbahnstrasse/Saseler Damm fordern Sie auf,
mit uns eine Lösung für den Wegfall von 8 öffentlichen Parkplätzen durch den Umbau dieses Knotenpunktes (Drs 20-1129) zu finden!

Unser Anliegen:

- es gab keinerlei Informationen im Vorfeld der Baumaßnahme für Gewerbetreibende an der Kreuzung Stadtbahnstrasse/Saseler Damm
- in der Planungsphase hätten Gespräche stattfinden müssen, so dass sich die betroffenen GeschäftsinhaberInnen auf die kommenden Bauvorhaben hätten vorbereiten können
- in den Anhörungen für die Baumaßnahme Saseler Chaussee/Stadtbahnstrasse wurde nur lapidar auf bauliche Maßnahmen hingewiesen
- die Kreuzung Stadtbahnstrasse/Saseler Damm wurde komplett übergangen
- das Sterben der anliegenden Geschäfte wird billigend in Kauf genommen

Wir stellen fest, dass bestehendes Gewerbe bewusst nicht informiert wurde, um strittige Punkte nicht diskutieren zu müssen!

Die Ignoranz der Behörde gegenüber KleinUnternehmern ist erschreckend!

Unsere Forderung:

- **Sofortiger Baustopp**
- Prüfung strittiger Punkte wie
 - Wegfall der Parkplätze
 - Sinn der Verlegung des Fahrradweges (Plast 9)
- Gespräche für Lösungen auf Augenhöhe zur Zufriedenheit aller Beteiligten

- Ersatzparkflächen
- Fußgängerampeln
- detaillierte Darlegung aller Einzelheiten der Baumaßnahme
- zB : wie geht der Radweg hinter der Kurve Richtung Alstertal weiter...

Laut der kleinen Anfrage von Herrn Thering (CDU) vom 22.5.16 (Drs 21/561) obliegt die **Informationspflicht** zur Beteiligung der Öffentlichkeit und öffentlichen Gremien dem Bezirk in eigener Zuständigkeit.

Wir, die Gewerbetreibenden, haben keinerlei Informationen bekommen.

Bei den stattfindenden Anhörungen (zB 2.7.15) wurde laut Protokoll nur darauf hingewiesen, dass Sicherheitsvorgaben zum Umsetzen von Plast 9 eingehalten werden müssen.

Dass durch diese Baumaßnahme zahlreiche Parkplätze weichen müssen, wurde aus dem Protokoll nicht ersichtlich. Dadurch konnten die betroffenen Anlieger keinen Einspruch einlegen, um Ihre Interessen zu vertreten.

Die Planung des Bauvorhabens wurde lediglich generell dargestellt.

Deshalb wurde aus unserer Sicht die Informationspflicht der Behörde in nicht ausreichendem Maße vollzogen

- Einspruch damit offensichtlich bewusst verhindert.

Laut der kleinen Anfrage von Herrn Thering (CDU) vom 22.5.15 wurde eine Leistungsfähigkeitsuntersuchung nur für die Saseler Chaussee Richtung Innenstadt durchgeführt. (Inhalt unbekannt)

Der Bereich Stadtbahnstrasse/Saseler Damm wurde nicht berücksichtigt.

- Aus unserer Sicht ein grobes Versäumnis.

Fazit:

Die Informationspolitik des Bezirkes/der Stadt Hamburg ist desaströs!

Die Pflicht zur umfassenden Information der Öffentlichkeit wurde nicht ausreichend vollzogen.

Die Kreuzung Stadtbahnstrasse/Saseler Damm ist nicht differenziert behandelt worden.

Der komplette Wegfall der öffentlichen Parkbuch vor den Häusern Stadtbahnstrasse 40-42 wird begründet (laut kleiner Anfrage vom 22.5.15) Zitat:

“Mit den gewerbetreibenden Anliegern wird, wie mit anderen Anliegern auch, im Vorfeld der Planungen nur in Fällen von besonderem Interesse gesprochen. Im vorliegendem Fall entfallen öffentliche Parkplätze vor den Grundstücken Stadtbahnstrasse 40+42. Hierfür liegt jedoch seit 2012 ein Vorbescheid zur Baugenehmigung vor. Danach ist geplant, die Häuser abzureissen. Ein besonderes Interesse wurde deshalb verneint.“

Gemäß der Drucksache ist zum Planungszeitpunkt lediglich ein Bauvorbescheid erteilt. Sich auf einen Vorbescheid zur Baugenehmigung zu beziehen ist unprofessionell,

zumindest so lange, bis kein förmlicher Bauantrag beschieden wurde.

Die Interessen der hier, z.T. schon seit Jahrzehnten, ansässigen Unternehmen wurden weder abgefragt noch berücksichtigt.

Die Umbaumaßnahmen werden zur Folge haben, dass mindestens die Hälfte der Unternehmen nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können. Schon jetzt sind über 50% Umsatzverluste zu beklagen. Für kleine Unternehmen bedeutet dies das wirtschaftliche Aus.

Aus genannten Gründen fordern wir einen

- **sofortigen Baustopp**
- **die Wiederherstellung der Parkplätze** oder entsprechende Ausgleichsflächen

Rechtliche Schritte behalten wir uns vor.

Auf eine produktive und zufrieden stellende Zusammenarbeit für alle Seiten,

Anlage:

- Unterschriften/Stempel der anliegenden Gewerbetreibenden
- Liste der Adressaten, die diesen Brief in Kopie bekommen